

AZ



Arbeiterzeitung

Bochum - Herne

Nr. 8/ 29. April 2008

- Gute Arbeit muss drin sein !
- Kundgebungen in Bochum-Herne

Heraus zum 1. Mai !



■ **Norbert Arndt ver.di**

Vor 118 Jahren wurde erstmals der 1. Mai als internationaler Kampftag der Arbeiterbewegung begangen. „ Ein Festtag wird dieser Tag sein, aber kein Festtag im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Ein internationaler, ein sozialer, ein welt- und kulturgeschichtlicher Festtag; ein Tag, der einer besseren, lichtereren Zukunft der Menschheit vorarbeiten soll, ein Tag des Friedens, der Freude, der Verbrüderung und

1. Mai 2008

der Menschenliebe “ heißt es in einer Festschrift zum 1. Mai 1890. Seit dieser Zeit konnte die deutsche Arbeiterbewegung großartige Erfolge erzielen, musste aber auch bittere Niederlagen wegstecken. Gerade in unseren Tagen reift die Erkenntnis, dass das einmal Errungene nicht automatisch für alle Zeiten gesichert ist. Das soziale Klima hat sich deutlich verschärft und die Arbeitskämpfe haben an Umfang und Dauer zugenommen. Was wir nicht verteidigen wird uns genommen und was wir erreichen wollen müssen wir uns erkämpfen. Dafür brauchen wir eine starke Organisation. Das gilt nicht nur am 1. Mai ...



Alles auf die Straße, r o t ist der Mai ! - Wir Arbeiter sind dabei !

Mai- Kundgebungen im Bezirk Bochum-Herne

Bochum :

10.15 Uhr - Demonstration vom Ver.di-Haus, Universitätsstr. 76
11.00 Uhr – Kundgebung auf dem Willy-Brand-Platz vor dem Rathaus

Herne:

10.00 Uhr – Demonstration vom Buschmannshof in Wanne-Eickel
11.00 Uhr – Kundgebung im Sportpark



Frank Klee Vorsitzender Arbeiterrats

Mittlerweile arbeiten fast 800 000 Menschen in Leiharbeit: Viele der neuen Leiharbeitsplätze sind keine neuen Arbeitsplätze, sondern ersetzen bis dahin feste und geregelte Arbeitsverhältnisse. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter erhalten einen bis zu 50 Prozent geringeren Lohn, der oft nicht zum Leben reicht. Beruflich und persönlich haben Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter kaum Perspektiven. Insbesondere Alleinerziehende und Familien mit Kindern sind von der geforderten Flexibilität negativ betroffen. Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter genießen keinen Kündigungsschutz

Wildwuchs: Leiharbeit

und nur eingeschränkte Mitbestimmungsrechte. Die Firmen haben sehr schnell erkannt, wenn auch nur eine geringe Anzahl von Zeitarbeitnehmern beschäftigt ist, dass das eine disziplinierende Wirkung auch auf die Stammbesellschaft hat. Die Stammbesellschaft hat sehr schnell festgestellt, dass die Zeitarbeitnehmer in kurzer Zeit genau das beherrschen, was sie auch beherrscht. Und diese sind weitaus billiger. Die 2003 im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz eingeführte Klausel ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, es sei denn, es regelt ein Tarifvertrag‘ führt jetzt dazu, dass teilweise Löhne gezahlt werden, die menschenunwürdig sind. Nötig ist eine sozial gerechte Regulierung der Leiharbeit und bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten dieser Branche.

Wir fordern: Gleichen Lohn für gleiche Arbeit; Begrenzung der Überlassungshöchstdauer auf 6 Monate; Mehr Mitbestimmung für Betriebsräte über den Einsatz von Leiharbeit; Verbot von Leiharbeit in bestreikten Betrieben .



Deckelung der Krankenhäuser ...



Pino Tamuzza /KnappschKrH

Es ist ein Teufelskreis. Während die Kosten der Krankenhäuser unaufhörlich steigen, deckelt der Gesetzgeber die Krankenhausbudgets nachhaltig. Gespart wird dann bei den Beschäftigten, die die Mangelfinanzierung mit Leistungsverdichtung, schlechten Arbeitsbedingungen und sinkenden

... muss weg !

Reallöhnen bezahlen müssten. Wir haben doch längst erkannt, dass jahrelange Lohnzurückhaltung nichts gebracht hat. Trotzdem wurde Personal abgebaut, privatisiert und Tariffucht begangen. ver.di fordert gesetzliche Rahmenbedingungen, die eine ausreichende Finanzierung der Krankenhäuser zulassen. Dazu gehört nach Auffassung von ver.di auch die Aufhebung der Budgetdeckelung und die Schaffung finanzieller Freiräume für Investitionen.



Peter Böhmer / Stadtverwalt. Herne

Auch im Boomjahr 2007 wurde von unten nach oben umverteilt

Die Unterschiede zwischen arm und reich sind auch im Aufschwungsjahr 2007 größer geworden, das zeigt der DGB-Verteilungsbericht 2008. Keine Reallohnzuwächse bei gleichzeitig steigenden Unternehmensgewinnen bedeutet weniger Chancengleichheit. Eine zunehmende Spaltung der Gesellschaft in Reiche und Arme, Beschäftigte und Arbeitslose sowie Gesunde und Kranke dürfe sich ein sozialer Rechtsstaat nicht leisten.